

**KOMMENTAR**

VON  
WOLFGANG BRAUN



*Das neue Ritual*

**K**ann das nicht ein bisschen schneller gehen? Diese Frage drängt sich natürlich auf, wenn sich die Unterhändler von ÖVP und Grünen alle zwei Tage zu Sondierungsrunden zusammensetzen – und danach betonen, dass man dabei eigentlich erst auslotet, ob man mit ernsthaften Verhandlungen beginnen will.

**Sondieren, die Entdeckung der Langsamkeit**

Selbstverständlich ist ein Teil dieser bedächtigen Annäherung auch dem Hang zur Inszenierung geschuldet. Andererseits gibt es handfeste Gründe für ein ausgedehntes Sondierungs-Ritual: Erstens sind inhaltlich tatsächlich weite Strecken zu überbrücken. Zweitens muss man den Skeptikern in den eigenen Reihen signalisieren: Schaut her, wir machen es uns nicht leicht. Und drittens wäre es für beide Parteien enorm riskant, wenn auch diese Koalition schon nach kurzer Zeit wieder vor einem Scherbenhaufen bzw. vor Neuwahlen steht. Bei all der Schwärmerei vom Charme eines türkis-grünen Bündnisses vergisst man nämlich leicht, dass beide in dieser Konstellation auch einigens zu verlieren haben.

✉ w.braun@nachrichten.at

**ÜBERBLICK**

**Bierlein beim Pariser Friedensforum**



**WIEN.** Bundeskanzlerin **Brigitta Bierlein** wird in Vertretung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen auf Einladung von Frankreichs Präsidenten Emanuel Macron am Pariser Friedensforum vom 11. bis 13. November teilnehmen. Bierlein wird dabei die Initiative zur Schutz von Zivilisten in bewaffneten Gebieten präsentieren.

**Brexit: Wolfslehner folgt Schusterschitz**

**BRÜSSEL.** Der österreichische EU-Diplomat Gregor Schusterschitz hat sein Amt als Brexit-Delegierter abgegeben. Im August war Schusterschitz als Ständiger Vertreter Österreichs nach Brüssel gewechselt. Bis zum ursprünglich geplanten EU-Austritt Großbritanniens am 31. Oktober hat er noch als Brexit-Delegierter fungiert. Seine bisherige Stellvertreterin Doris Wolfslehner übernimmt.

**„Temporäre“ Lücke bei Sonderschul-Personal**

**WIEN.** Seit 2015 gibt es keine Ausbildung für Sonderschullehrer mehr. Angehende Lehrer können sich auf „Inklusive Pädagogik“ spezialisieren. Die Gewerkschaft fürchtet einen Expertenmangel. Für Bildungswissenschaftler Gottfried Biewer „ein temporäres Problem“. Es wählen jetzt mehr Studenten den Schwerpunkt Inklusion, doch durch die längere Ausbildungsdauer klafft eine Lücke.

**NEUE REGIERUNG | SONDIERUNGEN UND VERHANDLUNGEN**

# Fristen und Feilschen: Langes Warten auf die neue Regierung

■ 171 Tage nach dem Ibiza-Skandal gibt es noch keine neue Koalition in Österreich

■ Von Wahltag bis Angelobung dauert es im Schnitt 61 Tage – diesmal wohl länger

VON ALEXANDER ZENS

**WIEN.** Der Weg zu einer neuen Bundesregierung in Österreich ist ein langer. Am 18. Mai hat VP-Chef Sebastian Kurz nach dem Ibiza-Skandal die vorgezogene Nationalratswahl ausgerufen. Heute, 171 Tage später, biegen Türkis und Grün erst einmal ins Finale der Sondierungsgespräche ein. Seit 1945 dauerte die Zeit zwischen Wahltag und Angelobung im Schnitt 60,7 Tage. Rechnet man bei den 22 Regierungsbildungen die fünf Alleinregierungen weg, waren es im Schnitt 68,4 Tage. Letzteres würde aktuell bedeuten, dass die Regierung Kurz II am 29. November angelobt würde. Damit rechnet derzeit niemand.

**Große Schwankungen**

„International gesehen dauern Regierungsverhandlungen in Österreich eher lange, wobei es aber große Schwankungen gibt“, sagt der Politologe Peter Filzmaier. Im Oktober hat etwa die Minderheitsregierung in Portugal knapp drei Wochen nach der Wahl ihre Arbeit wieder aufgenommen. In Belgien dauerte es nach der Wahl 2010 hingegen rund eineinhalb Jahre. Einer Studie von Alejandro Ecker vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung und Thomas M. Meyer von der Universität Wien zufolge dauern die reinen Koalitionsverhandlungen in Österreich durchschnittlich 28 Tage. 19 europäische Länder wurden hier verglichen. In den Niederlanden sind es 33 Tage. Dänemark und Rumänien liegen bei weniger als zehn Tagen. „Längere Verhandlungen können den Vorteil haben, dass man mögliche Konflikte vorab ausräumt, aber der Grund dafür kann natürlich auch sein, dass sich die Beteiligten schwer einigen“, sagt Filzmaier. Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus und Demo-



Bundespräsident Alexander Van der Bellen wird eine Regierung angeloben. (APA)

**DAUER DER REGIERUNGSBILDUNG**

Wahltag	Tage bis zur Angelobung	Regierung
1945 25. 11.	25	ÖVP/SPÖ/KPÖ
1949 9. 10.	30	ÖVP/SPÖ
1953 22. 2.	39	ÖVP/SPÖ
1956 13. 5.	47	ÖVP/SPÖ
1959 10. 5.	67	ÖVP/SPÖ
1962 18. 11.	129	ÖVP/SPÖ
1966 6. 3.	44	ÖVP
1970 1. 3.	51	SPÖ
1971 10. 10.	25	SPÖ
1975 5. 10.	23	SPÖ
1979 6. 5.	30	SPÖ
1983 24. 4.	30	SPÖ/FPÖ
1986 23. 11.	59	SPÖ/ÖVP
1990 7. 10.	71	SPÖ/ÖVP
1994 9. 10.	50	SPÖ/ÖVP
1995 17. 12.	85	SPÖ/ÖVP
1999 3. 10.	124	ÖVP/FPÖ
2002 24. 11.	96	ÖVP/FPÖ
2006 1. 10.	102	SPÖ/ÖVP
2008 28. 9.	65	SPÖ/ÖVP
2013 29. 9.	78	SPÖ/ÖVP
2017 15. 10.	64	ÖVP/FPÖ
2019 29. 9.	?	?

Durchschnitt 60,7 Tage

Grafik: ÖÖN, APA; Quelle: APA

kratiefragen sieht drei Gründe für längere Regierungsbildungen in Österreich: Minderheitsregierungen seien weniger üblich als beispielsweise in Schweden. In anderen Staaten wie Dänemark stünden schon ganze Parteienblöcke zur Wahl. Und eine Koalition sollte in Österreich wirklich fest sein, weil ein Misstrauensvotum einfacher wäre als etwa in Deutschland.

**Briten wählen sehr rasch**

Nicht nur nach der Wahl braucht Österreich relativ lange, auch vor der Wahl. 134 Tage vergingen heuer von der Neuwahl-Ankündigung bis zum Wahltag. Das wegen des Brexit in Verfall geratene Großbritannien kennt viel kürzere Fristen. Vor einer Woche beschloss das Unterhaus die Neuwahl, die schon am 12. Dezember stattfinden kann. In Österreich gibt es einen Fristenlauf von 82 Tagen, der am sogenannten Stichtag beginnt. Der Nationalrat hatte den Stichtag heuer für 9. Juli festgelegt, darum fand die Wahl am 29. September statt. Robert Stein, Abteilungsleiter im Innenministerium, erklärt den Zeitaufwand mit der Briefwahl, die mittlerweile auch im Ausland möglich ist, dem Vorzugsstimmen-System und der Einteilung der Kandidaten in Wahlkreis-, Landes- und Bundeslisten. All das gibt es etwa in Großbritannien so nicht. Auch Filzmaier sieht logistische Herausforderungen und innerparteiliche demokratische Prozesse. Für Zögernitz ist das „Tradition“. Kritisieren könne man, dass schon vor dem Stichtag oft viel Zeit vergehe, so Filzmaier. Politisches Taktieren spielt hier eine Rolle. Heuer verhinderten SPÖ und FPÖ einen Wahltag Anfang September. Die ÖVP sah das als Zeitverschwendung. Viele Beobachter waren aber auch der Meinung, dass ein Wahlkampf und das Engagement von Wahlbeisitzern in der Ferienzeit schwierig gewesen wären.

## Frauenhäuser: In Oberösterreich fehlen 100 Plätze

Landesrechnungshof mahnt einen kräftigen Ausbau und Verbesserungen bei Wohnungslosenhilfe ein

**LINZ.** Insgesamt liegt der Bedarf für Plätze in Frauenhäusern in Oberösterreich bei 148. Das entspricht auch den Empfehlungen der „Istanbul-Konvention“, die Österreich 2013 ratifiziert hat. Davon ist man aber in Oberösterreich weit entfernt. Derzeit gebe es nur insgesamt 41 Plätze, rechnet Landesrechnungshof-Direktor Friedrich Pammer in einer Initiativprüfung der Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe vor. Durch den Neubau von drei Einrichtungen in den Regionen Braunau, Mühlviertel und Salzkammergut sollen bis 2026 zwar 18 zusätzliche Plätze entstehen, was aber immer noch viel zu wenig wäre. „Wir sehen den Ausbau positiv. Dennoch wird es auch dann erst nicht

einmal die Hälfte der empfohlenen Plätze geben“, sagt Pammer. Zur Finanzierung der Frauenhäuser empfiehlt der Landesrechnungshof (LRH), ein Leistungspreissystem und die Spendenanrechnung zu prüfen. Derzeit werden die tatsächlichen betriebsnotwendigen Ausgaben abgegolten und Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen oder Spenden nicht abgezogen. Im Wohnungslosensbereich gibt es bereits ein Leistungspreissystem zur Vergütung an die Träger, es könnte aber einfacher gestaltet sein. Auch die Aufsicht könnte durch Vor-Ort-Kontrollen und den Einsatz einer Datenbank verbessert werden, so der LRH. Insgesamt habe die Prüfung gezeigt, dass „die Abrechnung transparent und



LRH-Direktor Friedrich Pammer (vovve)

nachvollziehbar ist“, konstatiert Pammer. Für Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer (SPÖ) ein „überwiegend positives Zeugnis“. Sie betont, wiederholt auf den notwendigen Ausbau von Gewaltschutzeinrichtungen hingewiesen zu haben. FPÖ-Klubobmann Hervig Mahr sieht hingegen bei der Kontrolle und Prüfung „deutlichen Aufholbedarf“. Angesichts der im Raum stehenden Vorwürfe rund um den Linzer Sozialverein B37, der ohne Bescheide Gelder ausbezahlt haben soll, „sollte die geplante Leistungsvereinbarung für 2020 jedenfalls strengere Regelungen beinhalten“, fordert er. Für die ÖVP ist ebenfalls Gerstorfer in der Verantwortung, die Empfehlungen „dringend“ umzusetzen.